



NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: JHA/05/2012
Gremium: Jugendhilfeausschuss
Tag: Mittwoch, 19.09.2012
Ort: Sitzungsraum A.201, Rathaus an der Volme
Beginn: 16:00 Uhr
Hinweis:

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Bündnis für Familien
4. Familienkarte
Vorlage: 0488/2012
5. Familienzentren in Hagen
Vorlage: 0701/2012
6. Anliegen der Jugendräte
7. Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen
8. Verkauf kommunaler Grundstücke zur Errichtung von
Kindertageseinrichtungen
Vorlage: 0811/2012
9. Geschäftsbericht 2011 für den Fachbereich Jugend und Soziales
Vorlage: 0419/2012
10. Zuschüsse an Wohlfahrtsverbände/Freie Träger der Jugendhilfe, Jugendver-
bände und sonstige Träger der Jugendhilfe
hier: Jahresberichte 2011
Vorlage: 0422/2012
11. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates



B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. Feststellung der Tagesordnung

Herr Strüwer begrüßt die Anwesenden und weist darauf hin, dass in der heutigen Sitzung Herr Goldbach als Fachbereichsleiter Herrn Steuber vertrete, da dieser erkrankt sei. Er habe in den vergangenen Tagen mit Herrn Steuber gesprochen und dieser gehe davon aus, dass er nach einer gewissen Genesungszeit bald wieder im Dienst sei.

Herr Strüwer teilt mit, dass er in den nächsten Tagen Grüße der Mitglieder des JHA übermitteln und dies mit einem Blumenstrauß verbinden werde.

Anschließend gratuliert er Frau Helling-Plahr zur stattgefundenen Vermählung.

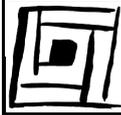
Die Jugendräte seien noch nicht komplett und es sei die Bitte an ihn herangetragen worden, ob dieser Punkt bis zum Eintreffen von Herrn Talash nach hinten geschoben werden könne. Der Bitte werde er nachkommen.

2. Mitteilungen

Herr Dr. Schmidt erinnert daran, dass die Kindertagesstätte Eschenweg alle Beteiligten sehr beschäftigt habe. Man habe seinerzeit Bodenbelastungen gefunden, die in sehr geringer und nicht gesundheitsgefährdender Konzentration in den Kindergarten eingedrungen seien. Mittlerweile habe sich herausgestellt, dass das Problem beherrschbar sei. Man könne guten Gewissens Entwarnung geben. In der Folge könne der U-3-Anbau realisiert werden. Für die Dauer der Bauzeit von ca. einem Jahr würden Container aufgestellt. Man werde die Kindertagesstätte mit einer kleinen Überdruckanlage ausstatten.

Herr Goldbach berichtet zum Thema Kinderschutz, dass man in den nächsten Tagen die Mitteilung über die Höhe der Bundesförderung für die „Frühen Hilfen“ erwarte. Vorsichtig geschätzt ergebe sich für die Stadt Hagen ein Betrag in Höhe von 120.000 – 140.000 €. Davon bekäme man in diesem Jahr 60 %, im nächsten Jahr 80 % und ab dann 100%. Man werde in den nächsten Wochen die Stellenausschreibungen für die Koordination und die Initiierung der „Frühen Hilfen“ intern ausschreiben.

Weiterhin freue er sich, mitteilen zu können, dass man weitere Bundesmittel für den U-3-Ausbau erwarte. Man rechne mit einer Summe in Höhe von 1 – 1,2 Millionen €. Das Geld sei bereits in die laufende Planung mit eingeflossen, die unter Punkt 7 vorgestellt werde.



Frau Klos-Eckermann berichtet, dass die Spielplatzpaten der ganzen Stadt zu einer Feier eingeladen worden seien. Gastgeber sei das „Haus der Kinder“ in Person von Frau Burghardt gewesen. Man habe den Paten herzlich für ihr Engagement gedankt. Es sei eine schöne Veranstaltung gewesen.

Herr Strüwer weist darauf hin, dass am morgigen Tag das Fest zum Weltkindertag von 11 – 17 Uhr im David-Ferdinand-Park stattfindet. Es wäre schön, wenn einige Mitglieder aus dem Ausschuss dort teilnehmen würden.

3. Bündnis für Familien

entfällt

4. Familienkarte Vorlage: 0488/2012

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Strüwer freut sich darüber, dass die Nutzung der Familienkarte nunmehr auch unter Einbeziehung kommunaler Angebote in greifbare Nähe rücke. Auf seine Frage, wie viele Angebote es in diesem Rahmen insgesamt gebe, wird mitgeteilt, dass es sich um 80 bis 90 Angebote handle. Er richtet seinen Dank an die Geschäftswelt für ihre Bereitschaft, sich einzubringen und familienfreundliche Angebote zu machen.

Eine Diskussion zu der Vorlage findet nicht statt.

Herr Strüwer stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Familien mit Wohnsitz in Hagen und mindestens einem Kind unter 18 Jahren erhalten die Hagener Familienkarte.
2. Die Stadt Hagen gewährt bereits die in der Anlage aufgeführten familienfreundlichen Vergünstigungen und bündelt diese zukünftig unter dem Signet der Familienkarte.
3. Hinzu kommt nun außerdem die Einräumung eines zehnpromzentigen Rabatts beim Besuch von Veranstaltungen der Volkshochschule. Die Verwaltung wird beauftragt, eine entsprechende Änderung der Entgeltordnung der VHS als Beschlussvorlage zu erarbeiten.



4. Eine Anwendung der Familienkarte ist in der Regel nur gemeinsam und gleichzeitig durch mindestens ein (Groß-)Elternteil mit mindestens einem (Enkel-)Kind beim selben Anlass möglich. Ausnahmen hiervon bilden die Preisnachlässe für Kinder und Jugendliche.
5. Andere Sondertarife bzw. Ermäßigungen z. B. für Schüler/innen oder Inhaber/innen der „Berechtigungskarte“ bleiben unberührt. Sie genießen jedoch in der Anwendung Vorrang vor der Familienkarte und können nicht mit dieser kombiniert werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Dafür:	<u>14</u>
Dagegen:	<u>0</u>
Enthaltungen:	<u>0</u>

5. Familienzentren in Hagen
Vorlage: 0701/2012

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Versteeg-Schulte erläutert die Vorlage.

Herr Reinke bedankt sich bei der Verwaltung und äußert seine Freude über den Beschlussvorschlag. Seine Fraktion werde dem Vorschlag gern zustimmen. Er erinnert an die Mai-Sitzung des JHA, in der vereinbart worden sei, dass man die angedachte Koordination in einer der nächsten Sitzungen noch ausführlicher beraten wolle. Er gehe davon aus, dass man bei dieser Vereinbarung bleibe.

Frau Versteeg-Schulte weist darauf hin, dass das ein zweiter Schritt nach der Finanzierung der Familienzentren sei. Man müsse zunächst abwarten, in welcher Höhe man im nächsten Jahr mit Zuwendungen rechnen könne.

Herr Strüwer verweist auf die Anmerkung in der Vorlage, dass die zur Verfügung stehenden 26.000 € Landeszuschüsse allerdings in Abhängigkeit zur Genehmigung des Haushaltes stünden.

Frau Versteeg-Schulte erklärt, dass man nicht im Vorgriff mit den 26.000 € habe kalkulieren können. Daher habe man nach einer Übergangslösung gesucht.

Herr Strüwer fasst zusammen, dass das geplante Verfahren zur Gründung einer Koordinierungsstelle inklusive der Finanzierung derzeit noch unklar sei.



Er fände es gut, wenn dem Ausschuss zukünftig von der Arbeit der Familienzentren berichtet werde.

Abschließend stellt er den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss stimmt den Vorschlägen zur Gründung von 2 weiteren Familienzentren für Hagen ab dem Kindergartenjahr 2012/2013 zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

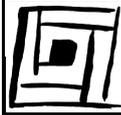
Dafür:	<u>14</u>
Dagegen:	<u>0</u>
Enthaltungen:	<u>0</u>

6. Anliegen der Jugendräte

Frau Borggräfe weist noch einmal auf den morgigen Weltkindertag hin. Dort werde der gesamtstädtische Jugendrat mit drei Ständen vertreten sein und zwei Mitglieder würden die Moderation des Nachmittages übernehmen.

Herr Talash weist auf die ausgelegte Einladung hin, in der der gesamtstädtische Jugendrat herzlich zur Einweihung der Skateranlage im Hameckepark am 5. Oktober von 17.00 bis 20.00 Uhr einlade. Über das Erscheinen zahlreicher Gäste würde man sich freuen.

Herr Strüwer gratuliert zum erfolgreichen Engagement der Jugendräte.



Herr Strüwer schlägt vor, **TOP 7 und TOP 8** im Zusammenhang zu beraten. Die Ausschussmitglieder sind damit einverstanden.

7. Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen

8. Verkauf kommunaler Grundstücke zur Errichtung von Kindertageseinrichtungen

Vorlage: 0811/2012

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Versteeg-Schulte stellt den Stand des U-3-Ausbaus vor (**siehe Anlage zu TOP 7**).

Herr Strüwer bittet Frau Versteeg-Schulte im Zusammenhang mit der Übersicht der Ausbaumaßnahmen, auf besondere Probleme bei den konkreten Maßnahmen hinzuweisen, die sich in der Umsetzung befänden oder bei denen die Planung abgeschlossen sei. Gegebenenfalls sei ja in diesen Fällen politischer Nachdruck aus dem Jugendhilfeausschuss vonnöten.

Dieser Bitte kommt Frau Versteeg-Schulte nach.

Herr Dr. Schmidt ergänzt die Ausführungen.

Herr Feldhaus und Herr Dahme nehmen als Trägervertreter Stellung zu den Maßnahmen der Arbeiterwohlfahrt und des evangelischen Kirchenkreises.

Herr Dr. Schmidt führt aus, dass ein privater Investor bei Inanspruchnahme von Zuschüssen des Bundes und des Landes beim Bau eines Kindergartens durch die niedrigeren Mieterträge nach 20 Jahren eine Rendite zwischen 25.000 und 30.000 € zu erwarten habe.

Sollte er keine Zuschüsse in Anspruch nehmen, erreiche er eine Rendite von ca. 50.000 € nach 20 Jahren. Das sei kein großes Geschäft für private Investoren. Da müsse man auch willens sein, etwas für das Gemeinwohl zu tun.

Herr Goldbach weist darauf hin, dass bei den Renditeberechnungen jeweils der Einzelfall betrachtet werden müsse. Man setze sowohl auf private Investitionen als auch auf alle anderen Möglichkeiten. Problematisch seien die fehlenden Grundstücksangebote an bevorzugten Stellen. Weiterhin spiele auch das Planungsrecht eine wichtige Rolle. Die ggf. notwendigen qualifizierten Bebauungsplanverfahren seien sehr langwierig. Das könne unter Umständen einen Vorlauf von 1,5 Jahren haben. An der einen oder anderen Stelle würde man sich wünschen, dass das schneller abgewickelt werden könne. Dort sei man noch in der verwaltungsinternen Prüfung.

Herr Strüwer macht deutlich, dass man über jeden privaten Investor froh sei, der be-



reit sei, dort tätig zu werden.

Herr Goldbach führt zur Versorgungsquote aus, dass nicht – wie teilweise der Presse habe entnommen werden können - geplant sei, in jeder U-3-Gruppe 5 zusätzliche Plätze zu schaffen. Das halte man für nicht vertretbar. Man werde im Einzelfall schauen, ob es möglich sei, in Abstimmung mit der Einrichtung vorübergehend ein oder zwei zusätzliche Plätze anzubieten. Man gehe davon aus, dass man unter Berücksichtigung aller Möglichkeiten den Bedarf zum 01.08.2013 weitestgehend befriedigen könne. Man befürchte auch keine Regressansprüche, weil es im Bereich der Tagespflege noch ausreichend Reserveangebote gebe. Da der Bedarf in den Folgejahren steige, werde man den Ausbau vorantreiben müssen.

Frau Köppen fragt nach dem Stand der Diskussion bezüglich der Zusammenlegung von Grundschulen und Kindergärten.

Herr Dr. Schmidt führt aus, dass der Rat der Stadt für die Stadtbezirke Haspe und Mitte im Rahmen der Schulentwicklungsplanung beschlossen habe, die Grundschulen Harkort und Boloh ins Auge zu fassen.

Frau Debudaj macht deutlich, dass eine Versorgung von zusätzlichen Kindern im U-3-Bereich angesichts der derzeitigen Raum- und Personalkapazitäten unverantwortlich sei.

Die Verwaltung sagt zu, bei möglichen Erweiterungen dieser Sachlage in besonderer Weise Rechnung zu tragen.

Frau Klos-Eckermann stellt eine Frage zu der Vorlage. Man habe nun einen enormen Bedarf festgestellt. Es gebe seitens des Landesjugendamtes Bestrebungen, die Standards flexibler zu gestalten. Wenn sie höre, dass diese Bauverfahren sehr lange dauerten, frage sie sich, was man als Politik tun könne, um diese Verfahren zu beschleunigen.

Herr Dr. Schmidt berichtet, dass man dieses Thema im gestrigen Verwaltungsvorstand angesprochen habe. Man sei sich darüber einig, dass in allen Fällen, in denen Planungsrecht betroffen sei, der kleinste gemeinsame Nenner gewählt werden solle. Das sei aber noch nicht entschieden. Im Rahmen ihrer Fraktionen könnten die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses sicher Einfluss nehmen. Wichtige Entwicklungen sollten nicht blockiert werden.

Frau Klos-Eckermann erklärt, dass man sich als Politik deutlich positionieren müsse. Man erwarte von der Kommune, dass in diesen Fällen wirklich zeitnah gehandelt werde. Sie bitte die Verwaltung, darauf einzuwirken.

Herr Dr. Schmidt berichtet aus der gestrigen Sitzung des Schulausschusses, in der beim Beschluss zu dieser Vorlage die Berücksichtigung der Belange der Funckeparkschule bei der Planung zusätzlich mit aufgenommen worden sei.

Herr Reinke hätte sich zu den Grundstücksverkäufen im Zusammenhang mit der Funckeparkschule mehr Informationen gewünscht. Dort sei eine Zeichnung zum bes-



seren Verständnis hilfreich gewesen.

Herr Goldbach erläutert, dass man bezüglich der Funckeparkschule die Prozesse etwas beschleunigen und parallel verlaufen lassen wolle. Es handle sich nicht um eine Planungsvorlage, sondern um eine Vorlage, die den Grundstücksverkauf einleiten solle, obwohl es das dazugehörige Planrecht dazu noch nicht gebe. Es gebe im Moment zwei Überlegungen, wie die Kindertagesstätte dort angesiedelt werden könne.

Frau Köppen hält die Aussage in der Vorlage zu vage formuliert, dass nach erster Einschätzung der Spielplatz erhalten werden könne.

Herr Dr. Schmidt macht deutlich, dass man andernfalls Geld zurückzahlen müsse. Daher könne man auch sagen, dass der Spielplatz erhalten bleiben müsse.

Herr Reinke weist darauf hin, dass er doch weitere Informationen zu den Flächen bräuchte, um das Ganze abschließend beurteilen zu können.

Herr Dahme merkt an, dass für den Betrieb der Einrichtung auch ein Träger gefunden werden müsse, der bereit sei, die entsprechenden Trägeranteile aufzubringen. Bestehe seitens der Stadt die Hoffnung, dass das problemlos über die Bühne gehe?

Herr Goldbach führt aus, dass es für alle Projekte, die in der Projektphase seien, Trägerschaftsideen bzw. Trägerschaftsvereinbarungen gebe. Bei den Projekten, die sich in der Planungsphase befänden, gebe es die nicht. Er sei optimistisch, dass man entsprechende Träger finden werde. Auf die Frage von Herrn Strüwer nach den Trägeranteilen erklärt Herr Goldbach, dass man von den gesetzlichen Rahmenbedingungen der Finanzierung ausgehe.

Herr Strüwer schlägt vor, aufgrund der geführten Diskussion den Beschluss aus dem Schulausschuss zu erweitern. Er liest den erweiterten Beschluss vor und stellt ihn zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

Die Verwaltung wird beauftragt, alle für einen etwaigen Verkauf erforderlichen Schritte und Berechnungen **zeitnah und im beschleunigten Verfahren** voranzutreiben. Weitergehende Entscheidungen sind im Rahmen einer Detailvorlage herbeizuführen. **Hierbei sind die Belange der Grundschule Funckepark in die Planung einzubeziehen.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen



Dafür: 14
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0

9. Geschäftsbericht 2011 für den Fachbereich Jugend und Soziales
Vorlage: 0419/2012

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Goldbach stellt den Geschäftsbericht anhand einiger Schwerpunkte vor.

Herr Strüwer macht deutlich, dass der Geschäftsbericht die Grundlage für die Arbeit im Jugendhilfeausschuss sei. Dieser habe zusammen mit der Verwaltung und den Trägern viel bewegt. Man könne stolz darauf sein, dass trotz der begrenzten Mittel so viele Angebote für Kinder, Jugendliche und Familien bestünden. Der Bericht sei sehr gut aufgearbeitet worden. Dieser mache deutlich, dass Hagen eine soziale und familienfreundliche Stadt sei.

Er fragt, ob man schon sagen könne, worauf der Rückgang bei den Kindeswohlgefährdungen zurückzuführen sei.

Herr Dr. Brauers ist der Meinung, dass es dafür mehrere Ursachen gebe. Es seien eine Vielzahl von Maßnahmen aufgelegt worden, die gut zu greifen schienen.

Herr Reinke schließt sich den Worten des Vorsitzenden an und dankt für den ausführlichen Bericht. Er spricht das im Bericht angesprochenen EDV-System für die Hilfen zu Erziehung an, das zur Steuerung eingeführt worden sei. Er würde es begrüßen, wenn der zuständige Abteilungsleiter in der nächsten Sitzung dazu berichten könne. Könne damit die Wirksamkeit einer Maßnahme festgestellt werden?

Herr Dr. Brauers führt dazu aus, dass er bereits heute schildern könne, wo man stehe. Ein detaillierter Bericht mache erst dann Sinn, wenn das Ganze fertig sei. Man habe auf Leitungsebene erkannt, dass das, was man bisher an Informationen habe, nicht zwingend ausreiche, um die Kostenexplosion in den Griff zu bekommen. Das sei nicht nur in Hagen so, sondern landes- und bundesweit. Man könne die Kostenexplosion in diesem Bereich nicht mehr so hinnehmen. Man wolle ein noch besseres Finanzcontrolling. Noch wichtiger sei das Fachcontrolling, was noch entwickelt werden müsse. Eine Komponente davon sei, dass die Fälle in ihrer Wirksamkeit und ihrem Zeitablauf verfolgt werden könnten. Das sei ein gigantisches Projekt und man betrete damit absolutes Neuland.

Herr Strüwer berichtet, dass in der überregionalen Presse unter anderem die Steigerungsraten bei den Kosten für die Erziehungshilfen der Städte Südwestfalens aufgelistet worden seien. Die einzige Stadt mit rückläufigen Zahlen sei dort Hagen gewesen, während andere Städte hohe Steigerungsraten pro Jahr aufwiesen. Sei in dem Zusammenhang schon einmal eine Analyse gemacht worden, worauf das zurückzuführen sei?



Herr Dr. Brauers weist darauf hin, dass der dafür zuständige Abteilungsleiter leider heute nicht anwesend sei. Er führt aus, dass Hagen in mehreren interkommunalen Vergleichsringen sei. In all diesen Vergleichsringen sähe die Position der Stadt Hagen nicht schlecht aus. Insofern bestätige dies die Ausführungen des Vorsitzenden. Dennoch strebe man natürlich immer Verbesserungen an und greife jede Anregung auf diesem Gebiet auf.

Herr Dr. Schmidt führt aus, dass man im Rückblick auf die letzten zehn Jahre anfangs gut dagestanden habe. Damals habe man relativ niedrige Ausgaben gehabt. Dann habe es eine Kostenexplosion gegeben. Seit etwa 3 bis 4 Jahren steuere man dagegen. Das mache sich seit dem letzten Jahr bemerkbar. Man gebe viel Geld in dem Bereich aus, aber es sei richtig angelegt.

Herr Strüwer macht deutlich, dass im Bereich der Erziehungshilfen im letzten Jahr 21,6 Millionen Euro verausgabt worden seien. Dahinter stünden 1240 Familien, die diese Hilfen benötigt hätten. Man könne sich vorstellen, welche soziale Brisanz dahinterstecke. Dort sei der Einsatz der frühen Hilfen unglaublich wichtig und notwendig. Er bedankt sich recht herzlich bei der Verwaltung für die gute Aufarbeitung. Der Bericht werde vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt den Geschäftsbericht 2011 des Fachbereichs Jugend und Soziales zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

<input type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input checked="" type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

10. **Zuschüsse an Wohlfahrtsverbände/Freie Träger der Jugendhilfe, Jugendverbände und sonstige Träger der Jugendhilfe**
hier: Jahresberichte 2011
Vorlage: 0422/2012

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:



Herr Goldbach weist darauf hin, dass dieser Bericht jährlich aufgelegt werde.
Es gebe keine Neuerungen in dem Bericht.

Eine Diskussion zu dem Tagesordnungspunkt findet nicht statt.

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

<input type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input checked="" type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

11. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates

keine

Ende des öffentlichen Teiles: 17.35 Uhr

gez. Willi Strüwer
Vorsitzender

gez. Sabine Hogrebe
Schriftführerin